

grünes blatt

August 2014 Nr. 3

die Zeitung der Grünen Kanton Zürich

Redaktion und Verlag:

Grüne Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich

Tel. 044 440 75 50, Fax 044 440 75 51

sekretariat@gruene-zh.ch, www.gruene-zh.ch

Spendenkonto: PC 80-26744-4

Aktuell Kantonale Abstimmungen vom 28. September 2014 **Seite 3** – Kulturlandinitiative **Seite 4** – Fair Food Initiative **Seite 5** – Stadt Zürich **Seiten 6 & 7** – Grüne Winterthur **Seite 8** – Junge Grüne **Seite 9** – Ausblick auf die Wahlen 2015 **Seite 11**

Unterschriften sammeln für gesundes Essen

Fair
schmeckt
besser!

Guten Tag, hätten Sie kurz Zeit? Wir sammeln Unterschriften für die Fair Food-Initiative. Haben Sie davon bereits gehört? Nicht? Es geht darum, dass wir Mindeststandards für alle Lebensmittel, die verkauft werden, wollen. Sind Sie nicht manchmal auch mit der Vielfalt im Laden überfordert und wissen nicht, unter welchen Umständen produziert wurde? Wie das funktionieren soll? Die Initiative fordert einfach, dass alle importierten Lebensmittel mindestens den Standard von inländischen Lebensmitteln haben. Also unter den hier geltenden ökologischen und sozialen Standards produziert wurden. Zudem sollen regionale und saisonale Produkte gefördert werden. Sie haben recht, das ist natürlich eine Initiative der Grünen. Vielen Dank für Ihre Unterschrift!

Liebe Grüne, es ist so weit: Wir können wieder auf die Strasse, um für ein eigenes Initiativprojekt zu sammeln:

Die Fair Food-Initiative. Nach der Kulturlandinitiative ist die Fair Food-Initiative die logische Konsequenz, um zu beweisen, dass wir es mit unserer Landwirtschaftspolitik ernst meinen. Beweisen wir es mit einem fulminanten

Sammelstart! Auf die Strasse, zu den Leuten!

www.fair-food.ch

Marionna Schlatter, Präsidentin Grüne Kanton



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser

«Fair schmeckt besser!» lautet der Slogan der neuen Grünen Volksinitiative, für die wir bereits die ersten Unterschriften gesammelt haben. 22 000 weitere wollen wir im Kanton Zürich noch beitragen zur eidgenössischen Initiative. Es zeigt sich bereits jetzt, dass das Anliegen der Fair Food-Initiative ins Schwarze trifft. Die Menschen in der Schweiz möchten keine Batteriehuhen-Eier, auch nicht, wenn sie schon in einem Kuchen verbacken sind. Und sie möchten, dass die Menschen, die unsere Lebensmittel produzieren, das zu anständigen Bedingungen tun können, auch im Ausland (S. 1 & 5).

Das Thema Fairness zieht sich als roter Faden durch dieses «grüne blatt». Z.B. wenn es um die kantonale Abstimmungsvorlage vom 28. September geht, die den Boden für fairere Mieten ebnet (S. 3).

Oder im Artikel der Grünen Winterthur, die aus ihrer Stadt eine «Fairtrade Town» machen wollen, eine Stadt, die sich zu fairem Handel bekennt und dafür sorgt, dass Fairtrade-Produkte im Detailhandel, in der Gastronomie und von Unternehmen bevorzugt werden (S. 8).

Schliesslich wagen wir noch einen Ausblick aufs Wahljahr 2015 – der Wahlkampf für mehr starke Grüne Stimmen im Kantons- und Regierungsrat und in den beiden eidgenössischen Räten hat für uns schon längst begonnen (S. 11).

Ulla Blume
Parteisekretärin
Grüne Kanton Zürich

Feedback ist willkommen:
publikation@gruene-zh.ch

Adieu Regula, willkommen Beatrice

Mit ihrer Wahl in den Klotner Stadtrat musste Regula Kaeser-Stöckli Abschied nehmen vom Parteisekretariat der Grünen Kanton Zürich. Dort kümmert sich nun seit Mai Beatrice Zach um Mitgliederadministration und Buchhaltung.

Gut sechs Jahre hat Regula die Grünen Kanton Zürich als administrative Parteisekretärin tatkräftig, engagiert und immer mit viel Humor unterstützt und sich zuverlässig um unsere Mitglieder und unsere Finanzen gekümmert. Ende Mai hat sie ihr Pult im Sekretariat geräumt, «mit einem lachenden und einem weinenden Auge» und einem sehr guten Grund: Am 9. Februar wurde sie neu in den Stadtrat von Kloten gewählt.

Dort ist sie für den Bereich «Bevölkerung» zuständig – ihr Wunschressort, in dem sie sich neben vielem anderem um Sport und Kultur in Kloten kümmern kann.

Regulas Tage sind nun ausgefüllt mit der neuen Aufgabe im Stadtrat, ihrem Mandat als Kantonsrätin und den ebenfalls recht neuen Grossmutter-Pflichten.

Wir wünschen Regula bei all dem viel Erfolg, Durchhaltevermögen und natürlich Spass und danken ihr von ganzem Herzen für ihren grossen Einsatz auf unserem Sekretariat!

Regula geht, Beatrice kommt

Seit Mai 2014 ist nun Beatrice Zach im Sekretariat tätig und übernimmt die

Aufgaben ihrer Vorgängerin. Beatrice hat das dreijährige KV absolviert und seither verschiedene Erfahrungen im kaufmännischen Bereich gesammelt. Vor einigen Jahren schloss sie zudem ihr Studium der angewandten Bildenden Kunst mit dem eidg. Diplom ab. Neben ihrer Tätigkeit im Sekretariat widmet sie sich vor allem ihrer Kunst.

Beatrice liebt gutes Essen und das Kochen (auch für viele Leute) zählt zu ihren Leidenschaften. Dabei ist es ihr wichtig, saisonale, regionale, biologische Zutaten zu verwenden. Daneben ist sie eine der ehrenamtlichen BetreiberInnen der Boschbar in Zürich, wo jeden Montag alternative Kultur geboten wird. Sie findet es wichtig, dass Ausgang, kulturelle Veranstaltungen und Konzerte auch für ein kleines Einkommen erschwinglich sind und jenseits von kommerziellen Ideen existieren.

Beatrice freut sich, ihren Lebensunterhalt mit etwas verdienen zu können, hinter dem sie stehen kann. Wir heissen sie herzlich willkommen und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit!

Ulla Blume, Geschäftsführerin Grüne Kanton Zürich



Vernünftige Mieten dank neuer Rechte für Gemeinden

Am 28. September wird im Kanton Zürich über das Planungs- und Baugesetz (Festlegung Mindestanteil preisgünstiger Wohnraum) abgestimmt. Die Grünen Kanton Zürich haben die JA-Parole zum Gegenvorschlag zur zurückgezogenen Initiative «Für mehr bezahlbaren Wohnraum» gefasst.

Da der Inhalt der Vorlage relativ technokratisch ist, muss er etwas erläutert werden. Die Gemeinden im Kanton Zürich schreiben mit ihren Zonenvorgaben vor, wo, aber auch wie gebaut werden darf. So soll zum Beispiel verhindert werden, dass jemand in Sternenberg ein Hochhaus baut. Diese sogenannten Ausnutzungsvorgaben sorgen dafür, dass eine einigermaßen konsistente Siedlungsstruktur entsteht. Die Ausnutzungsvorgaben sind aber natürlich nicht für immer gesetzt. So macht es etwa Sinn, dass in einem Entwicklungsgebiet wie Zürich West Industriezonen in Wohnzonen umgezont werden können und höhere Bauten erlaubt werden. Wenn eine solche Umzonung stattfindet, steigt der Bodenpreis meist markant an. Aus einer dichteren Besiedlung kann schliesslich mehr Ertrag, zum Beispiel in Form von Mieten, generiert werden.

Bezahlbare Wohnungen und bessere Durchmischung

Mit der Umzonung oder Aufzonung wird den BodenbesitzerInnen also die Möglichkeit gegeben, auf ihrem Land mehr zu bauen, und bei diesem Geschenk kommt nun die Abstimmungsvorlage zum Zug. Neu soll es den Gemeinden möglich sein, bei Aufzonungen einen

Mindestanteil an preisgünstigem Wohnraum vorzuschreiben. Damit kann zum einen eine bessere Durchmischung in den Quartieren erzielt werden und zum anderen entstehen natürlich ganz viele bezahlbare Wohnungen.

Baurecht mit Bedingungen

Das Hauptargument der GegnerInnen der Vorlage heisst, wie so oft in letzter Zeit, «Enteignung». Es kann aber in keiner Art und Weise von Enteignung gesprochen werden, da die GrundeigentümerInnen immer zuerst einmal etwas bekommen, wie z.B. das Recht, höher zu bauen. Dass an dieses Recht Bedingungen im Interesse der Allgemeinheit geknüpft werden können, ist nur richtig.

Kostenmiete statt Spekulation

In letzter Zeit wird viel über bekannte Persönlichkeiten geschrieben, die in günstigen städtischen Wohnungen wohnen. Dabei wird so ziemlich alles miteinander vermischt: Subventionen mit Kostenmiete, städtische Wohnungen mit Genossenschaften usw. Wenn Personen mit einem guten Einkommen in Wohnungen mit Kostenmiete wohnen, kann man sich zwar wünschen,

dass diese Wohnungen, wenn möglich, Personen zur Verfügung gestellt werden, die darauf mehr angewiesen sind. Moralisch verwerflich ist es aber nicht, wenn auch jemand mit gutem Einkommen zur Kostenmiete wohnt und nicht monatlich noch etwas an die Immobilienspekulation abgibt. Kostenmiete ist nichts anderes als das, was eine Wohnung wirklich kostet. Moralisch fragwürdig ist dann schon viel mehr die Abzocke durch einen Teil der Immobilienbesitzenden auf dem sogenannten freien Markt, auch wenn diese Abzocke meiner Pensionskasse zu Gute kommt.

Ausgewogene Vorlage

Doch die Vorlage vom 28.9. ist auch in diesem Punkt ausgewogen. Nicht nur müssen die Gemeinden bei Zonen mit einem vorgeschriebenen Anteil an preisgünstigen Wohnungen Belegungsvorschriften erlassen, sondern sie können auch weitere Vorschriften, wie zum Beispiel Einkommens- und Vermögensvorschriften machen.

Der Vorstand der Grünen Kanton Zürich hat deshalb einstimmig die JA-Parole zu dieser Vorlage beschlossen.

Res Marti, Kantonsrat Zürich



Hier leben
Hier wohnen
Hier bleiben

Die Gemeinden brauchen preisgünstigen Wohnraum

Kulturlandinitiative: Ein Fall für das Bundesgericht

2011 haben wir Unterschriften für die Kulturlandinitiative gesammelt. Seither beschäftigt sie nicht nur uns, sondern erhitzt viele Gemüter. Nun haben wir eine Stimmrechtsbeschwerde eingereicht, damit die Initiative endlich umgesetzt wird.

Fast zwei Jahre sind seit dem deutlichen Ja zur Kulturlandinitiative vergangen. Was ist seither geschehen? Die Initiative haben wir in der Form einer allgemeinen Anregung eingereicht. Somit hatte der Regierungsrat den Auftrag, einen Vorschlag auszuarbeiten, wie die Initiative umgesetzt werden soll. Seine Umsetzungsvorlage präsentierte sich Anfang 2013 zahllos, auch die Vernehmlassung konnte daran nichts ändern. Einen üblen Beigeschmack hinterliess zudem die Haltung der Regierung, die dem Kantonsrat ihre eigene Umsetzungsvorlage zur Ablehnung empfahl, mit der Begründung, die Anliegen der Initiative seien bereits im Richtplan aufgegriffen worden.

Die beratende Kommission für Planung und Bau konnte sich ihrerseits zu keiner Verbesserung der Vorlage durchringen und empfahl dem Kantonsrat im April «Nichteintreten» auf die Vorlage. Ein Nichteintreten kommt einer Ablehnung gleich, mit dem Unterschied, dass keine Details (Minderheitsanträge) mehr im Rat diskutiert werden. Am 19. Mai 2014 folgte der Kantonsrat dem Antrag der Kommission. Neben aller Enttäuschung über das Nichteintreten bleibt doch eine Bestätigung für unseren Weg über eine Volksinitiative. Die Kulturlandinitiative hätte auf parlamentarischem Weg keine Chance gehabt!

Kulturlandschutz nicht unter den Teppich wischen

Mit der Entscheidung des Kantonsrats vom 19. Mai ist unsere Initiative also «gestorben». Es gibt weder einen Wohlfühlartikel im Gesetz noch einen referendumsfähigen Gegenvorschlag. Das kann nicht sein! Wir haben uns deshalb von Juristen beraten lassen und entschieden, eine Stimmrechtsbeschwerde am Bundesgericht einzureichen. Eine Stimmrechtsbeschwerde kann jeder BürgerIn einreichen, der bzw. die sich in ihrem Stimmrecht verletzt fühlt. Die Stimmrechtsbeschwerde wurde vom Anwalt Prof. Andreas Abegg verfasst. In ihr wird ausgeführt, dass der Kantonsrat zwar entscheiden kann, WIE er eine Initiative in der Form der allgemeinen Anregung umsetzen will, aber nicht OB. Damit wäre der Kantonsrat verpflichtet gewesen, die Kulturlandinitiative umzusetzen. Diese Pflicht hat er mit seinem Nichteintreten verletzt, zumal der neue Richtplan immer noch ein erhebliches Siedlungswachstum auf Kulturland zulässt.

Wir bleiben dran!

Den Entscheid des Bundesgerichtes erwarten wir Ende Jahr. Dann werden wir diskutieren, auf welchem Weg wir die

Kulturlandinitiative weiter bearbeiten. Wir sind gespannt – und bleiben dran!

Marionna Schlatter, Präsidentin Grüne Kanton

Die ganze Stimmrechtsbeschwerde auf: www.gruene-zh.ch/kulturlandinitiative

Für die Anwaltskosten sind wir auf Spenden angewiesen: **PC 80-26744-4**

Einzonungen in den Gemeinden: Eure Mithilfe ist gefragt!

Bitte schaut geplante Ein- und Umzonungen in euren Gemeinden genau an und teilt uns mit, wenn Kulturlandflächen betroffen sind. Es braucht nun Engagement gegen Einzonungen auf kommunaler Ebene.

Oder steht in Eurer Gemeinde eine Revision der Bau- und Zonenordnungen (BZO) an? Eine BZO-Revision ist bestens dafür geeignet, die Gemeinde Grüner zu machen! Grüne Raumplanung bedeutet: Zersiedelung stoppen, für qualitative Verdichtung und Aufwertung sorgen, «Grüne Bauvorschriften» erlassen, Langsamverkehr und öV bevorzugen, eine nachhaltige Bodenpolitik mit Förderung von bezahlbarem Wohnraum und lokalen, sicheren Arbeitsplätzen in umweltschonenden Technologien. Gerne beraten wir Euch: sekretariat@gruene-zh.ch

Marionna Schlatter,
Präsidentin Grüne Kanton



Aktion der Jungen Grünen zum Antrag auf Nichteintreten vor dem Kantonsrat.

Fair Food statt Kinderarbeit und Massentierhaltung

Die Fair Food-Initiative ist zum Sammeln wie eine gute Mischung aus der Stopp-Offroad-Initiative und der Initiative für eine Grüne Wirtschaft. Von der Grünen Wirtschaft nimmt sie die Idee, dass auch die globale Auswirkungen berücksichtigt werden müssen, von der Stopp-Offroad-Initiative die einfache Verständlichkeit auf der Strasse.

Wer kann dagegen sein, dass Lebensmittel aus fairen Arbeitsbedingungen, aus tiergerechter Haltung und umweltschonender Produktion stammen? Oder anders gefragt: Wer will Lebensmittel aus Kinderarbeit, Massentierhaltung und umweltzerstörerischer Landwirtschaft?

Auswirkungen der konventionellen Landwirtschaft

In Schweizer Gewässern werden aufgrund des übermässigen Pestizideinsatzes Gewässerschutz-Grenzwerte überschritten. Immer wieder erfahren wir aus den Medien von quälerischer Tierhaltung, von Antibiotika oder Pestizidrückständen in Lebensmitteln, von klimaschädlichen Flugimporten von Erdbeeren oder Spargeln oder von menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen.

Dies alles sind Auswirkungen der konventionellen, industriellen Landwirtschaft, die in eine Sackgasse geraten ist. Sie will der Natur eine industrielle Logik aufzwingen und arbeitet damit gegen sie statt mit ihr. Auf Ertrag optimierte und damit ihrer natürlichen Widerstandsfähigkeit beraubte Pflanzensorten sind zum Normalfall geworden. Um diesen unnatürlichen Zustand aufrechtzuerhalten, müssen massenweise Pestizide eingesetzt werden. Der aggressive Chemikalien-Cocktail zerstört die Bodenflora und -fauna und damit die Fruchtbarkeit der Böden. Die Artenvielfalt nimmt rapide ab. Ähnlich verhält es sich mit der Tierhaltung. Hier werden Tausende einseitig überzüchtete Schweine, Kühe, Pferde und Hühner auf engstem Raum zusammengepfercht. Nur mit Antibiotika und anderen Chemikalien lässt sich die Ausbreitung von Krankheiten verhindern. Und der rücksichtslose Kostendruck verschont auch die Arbeitnehmenden nicht. Ausbeuterische Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft sind in Entwicklungsländern,

aber auch in Ländern wie Spanien leider gang und gäbe.

Umwelt und Arbeitskräfte entlasten

Das Gegenmodell zur industriellen Landwirtschaft ist eine naturnahe bäuerliche Landwirtschaft. Diese ist zwar in unserer Verfassung festgeschrieben, doch die Schweizer Landwirtschaft hat Mühe dieses Ziel zu erreichen. Denn solange das Öko- und Sozial-Dumping der industriellen Landwirtschaft zugelassen wird, besteht ein unfairer Wettbewerb und die Produkte der naturnäheren Landwirtschaft werden durch rücksichtslos hergestellte Produkte konkurrenziert.

Mindeststandards für importierte Güter

Genau hier setzt unsere Initiative an. Was in der Schweiz selbstverständlich und für die Schweizer Landwirtschaft gesetzlich geregelt ist, wie Mindestkriterien für die Tierhaltung, faire Arbeitsbedingungen und ein eingeschränkter Einsatz von Pestiziden, soll auch für importierte landwirtschaftliche Erzeugnisse gelten. Damit ändern

sich die Spielregeln der Globalisierung. Statt eines negativen Wettbewerbs der rücksichtslosen Kostenoptimierung wird ein gerechter Wettbewerb für eine faire Landwirtschaft geschaffen. Mit der Initiative macht es auch für Bauern, die eine weitere Ökologisierung der Schweizer Landwirtschaft ablehnen, plötzlich Sinn, die ökologischen Anforderungen in der Schweiz zu verschärfen. Damit würde sie auch die Grundlage dafür schaffen, ein Standard-Äquivalent zur IP-Suisse als Mindeststandard zu etablieren.

So profitieren letztlich alle: Die KonsumentInnen haben keine Missstände auf dem Teller, die Bauern und landwirtschaftlichen Arbeitskräfte werden fairer entlohnt, die Tiere anständiger behandelt, die Böden bleiben fruchtbar, es gelangen weniger Pestizide in die Gewässer und die natürliche Vielfalt bleibt bewahrt.

Bastien Girod, Nationalrat, Zürich

Mehr zur Fair Food-Initiative:

Web: fair-food.ch
Facebook: [/fairfoodinitiative](https://www.facebook.com/fairfoodinitiative)
Twitter: [#FairFoodInitiative](https://twitter.com/FairFoodInitiative)



Wie funktioniert eigentlich die Sozialbehörde?

Seit ziemlich genau vier Jahren amtet die Sozialbehörde der Stadt Zürich gestützt auf die neue Kompetenzordnung. Die zweite Amtszeit der reformierten Sozialbehörde hat soeben begonnen. Ein günstiger Zeitpunkt also, einen Schritt zurückzutreten und mit etwas Distanz den Wirkungskreis der Sozialbehörde zu betrachten.

Im Juni 2010 konstituierte sich die neue Sozialbehörde, deutlich redimensioniert und mit veränderten Aufgaben. Seither bilden acht ParteivertreterInnen und der Sozialdepartementsvorsteher als Präsident die Sozialbehörde. Die letzten vier Jahre verteilten sich die ParteivertreterInnen auf 3 Sitze der SP, 2 der SVP, sowie je einen der Grünen, FDP und GLP. Diesen Juni hat die AL einen Sitz zulasten der SVP errungen.

Unter dem Vorsitz des Departementsvorstehers finden mehrmals jährlich Sitzungen als Gesamtbehörde statt. Darin werden die politischen Rahmenbedingungen diskutiert, die Entwicklung der relevantesten Kennzahlen im Auge behalten und allenfalls richtungweisende Normen erlassen. Ein bereits länger andauernder Trend, der sich in diesem Kennzahlenreporting manifestiert, ist beispielsweise die steigende Zahl von Massnahmen im Kindes- und Erwachsenenschutz. Welche Ursachen dazu führen, wird zurzeit von der Departementsverwaltung abgeklärt. Sollten Massnahmen politischer Natur notwendig werden, würde sich die Sozialbehörde dieser annehmen.

In den Sitzungen der Sonderfall- und Einsprachekommission (SEK) hingegen geht es um Einzelfälle. Zum einen ist über sogenannte Sonderfälle zu befinden, also Anträge für üblicherweise nicht durch die Sozialhilfe gedeckte Leistungen, die nur aufgrund besonderer Umstände und ausnahmsweise zugesprochen werden können. Zum anderen entscheidet die SEK über Einsprachen der Sozialhilfebeziehenden, die sich in der Mehrheit der Fälle gegen Kürzungs- oder Rückforderungsent-scheide aus den Sozialzentren richten.

Spannungsfeld Politik – Fachlichkeit

Die ParteivertreterInnen sind aufgeteilt in zwei Kammern, wobei jeweils drei der vier Kammerangehörigen im Turnus das Entscheidungsgremium einer SEK-Sitzung bilden. Und schon zeigt sich das Spannungsfeld, das die Tätigkeit insbesondere in der SEK prägt. Als politisch gewählte Behörde besteht zu Recht ein gewisser Anspruch, dass die Mitglieder politische Arbeit leisten. Die dort zu fällenden Entscheide beispielsweise über teure, teils im sechsstelligen Frankenbereich liegende Ausbildungen für junge Menschen, die vielleicht bisher aufgrund ihres Sozialverhaltens oder einer Suchtproblematik nirgends zu integrieren waren, sind geprägt von den persönlichen Haltungen und Wertvorstellungen eines jeden einzelnen SEK-Mitglieds. Hier gilt es aber, die Fachlichkeit nicht zu vernachlässigen. Denn es soll und darf nicht sein, dass der Zufall, je nach Parteizusammensetzung der gerade tagenden SEK, darüber entscheidet, ob jemandem eine Leistung gewährt oder verwehrt wird.

Gemeinsame Nenner finden

Abgesehen vom Austausch in der Gesamtbehördensitzung über Themen, die regelmässig in den SEK-Sitzungen

erörtert werden, hat sich zum Beispiel eine Arbeitsgruppe der Sozialbehörde während der letzten Amtsdauer intensiv mit dem Bereich der Ausbildungsfinanzierung auseinandergesetzt. Da die Finanzierung einer Ausbildung sehr hohe Sozialhilfeleistungen verursachen kann, fliessen politische Ansichten automatisch in die Entscheidungsfindung mit ein. Es wurde daher versucht, grundlegende und parteiübergreifende gemeinsame Nenner als Leitplanken zu finden. Demgegenüber verdeutlicht wiederum das bereits erwähnte Kennzahlenreporting, dass der Anteil von Sozialhilfefällen mit zumindest teilweiser Finanzierung einer Aus- oder Weiterbildung einen winzigen Bruchteil der gesamten Zahl der durch die Sozialhilfe Unterstützten ausmacht. Kein Grund zur Panik im Einzelfall also.

Während bei Fragen generell-abstrakter Natur die Parteienvielfalt die Diskussionen belebt, muss für Entscheidungen im Einzelfall somit eine sachliche, fachbezogene Beurteilung der konkreten Umstände im Vordergrund stehen. Dieser Dualismus zwischen Fachlichkeit und politischer Meinungsbildung macht die Tätigkeit in der Sozialbehörde spannend, aber auch herausfordernd.

Menschenwürde in den Vordergrund stellen

Aus Grüner Sicht scheint mir wichtig, stets die Menschenwürde in den Vordergrund zu stellen und die Betroffenen primär als mündige Menschen in Not zu sehen. Gleichzeitig sind aber Einzelfälle dennoch genau zu durchleuchten, damit das begrenzte Geld, das in der Sozialhilfe zur Verfügung steht, sinnvoll eingesetzt wird und somit jenen zugute kommt, die damit ihre Situation nachhaltig verbessern können und wollen.

Franziska Michel, Mitglied Sozialbehörde seit 2010



Der Gemeinnützige – ein Erfolgsfaktor Zürichs

Der gemeinnützige Wohnungsbau der Stadt Zürich ist über hundert Jahre alt und unzählige Male von der Stimmbevölkerung bestätigt worden. Seit einiger Zeit monieren Kritiker, diese Politik sei nicht gerecht. Was ist davon zu halten?

Seit rund einem Jahr hat sich ein Teil des rechtsbürgerlichen Lagers auf den gemeinnützigen Wohnungsbau eingeschossen, regelmässig assistiert von der NZZ. Moniert wird, dass der Bodenpreis nicht dem «Marktpreis» entspreche und dass die «Falschen» in den Wohnungen von Genossenschaften, Stiftungen und Stadt wohnen. Ganz bewusst wird nicht nur bei der recht kleinen Zahl von Personen von einer «Subventionierung» gesprochen, deren Wohnungen tatsächlich durch eine Subvention von Stadt und Kanton verbilligt werden und deren Einkommen und Wohnungsbelegung von der Stadt streng kontrolliert wird. Ganz bewusst wird auch gefordert, der gemeinnützige Wohnungsbau sei ausschliesslich für Personen mit tiefen Einkommen da.

Gemeinnütziger Wohnungsbau funktioniert kostendeckend

Die Absicht ist klar: Unter dem Deckmantel einer angeblich besseren Verteilungsgerechtigkeit soll der gemeinnützige Wohnungsbau diskreditiert werden. Klar ist das kantonale und städtische System der Wohnbauförderung ziemlich kompliziert, da historisch gewachsen. Auch ich als Finanzvorsteher kenne noch nicht die letzten Einzelheiten, habe mich aber überzeugen können: Der gemeinnützige

Wohnungsbau, sei er städtisch oder genossenschaftlich, funktioniert prinzipiell kostendeckend und beansprucht keine Steuermittel. Da wo öffentliche Mittel gezielt eingeschossen werden, werden diese regelmässig mit grossen Mehrheiten beschlossen.

Ohne Zweifel besteht bei den städtischen Wohnungen Handlungsbedarf: Die Gemeinderats-Verordnung von 1995 regelt bei den nicht subventionierten Wohnungen nur die Bedingungen beim Einzug. Die Sanktionsmöglichkeiten sind gering, wenn jemand nach Jahren eine Wohnung als Zweitwohnung nutzt oder eine Familienwohnung stark unterbelegt ist. Dass es einen kleinen, aber doch unerwünschten Prozentsatz an solchen Mietenden gibt, ist unbestritten. Ich habe dem Gemeinderat deshalb auch in Aussicht gestellt, dass der Stadtrat noch dieses Jahr eine griffigere Verordnung vorlegen wird.

Kostenmiete nicht nur für tiefe Einkommen

Doch abgesehen von diesem Punkt ist die Kritik von rechts in weiten Teilen kaum nachvollziehbar. So wird gefordert, dass bei gemeinnützigen Wohnungen Sanktionen gegen die Mieterschaft zu ergreifen seien, wenn das Einkommen das Vierfa-

che der Miete übersteige. Dabei sagt der gesunde Menschenverstand klar, dass das Drei- bis Vierfache verdient werden sollte, damit eine Wohnung für das Familienbudget überhaupt tragbar ist. Also kaum in der Wohnung drin, schon wieder vor die Türe gestellt? Dass eine solche Regel den Bewohnenden kaum berufliche und finanzielle Entwicklungsmöglichkeiten lässt und damit per se äusserst unliberal ist, sei nur am Rande erwähnt.

Man muss sich auch fragen, weshalb dieselben Kreise fordern, die 25 Prozent gemeinnützigen Wohnungen seien nur an Haushalte mit tiefen Einkommen zu vergeben. Haben sie mal bedacht, was dies für die soziale Durchmischung, die Steuereinnahmen und die Sozialkosten Zürichs bedeuten würde? Wollen sie höhere Steuern bezahlen? Ebenfalls nicht begriffen haben die KritikerInnen, dass Auflagen wie die Kostenmiete, die die Wohnbaugenossenschaften erfüllen müssen, damit sie städtisches Land überhaupt erhalten, zwar den Landwert mindern, dafür aber wertvolle Leistungen für die Gesellschaft darstellen.

Last but not least steht in dieser Reihe auch die Forderung, von der Objekt- zur Subjekthilfe zu wechseln. Es braucht nicht allzu viel ökonomischen Sachverstand, um zu erkennen, dass hier die Wohnbaupolitik in Sozialhilfe verwandelt werden soll, die von den Immobilienbesitzenden abgeschöpft würde.

Wohnbaupolitik für soziale Durchmischung

Selbstverständlich muss die Wohnbaupolitik regelmässig auf ihre Zweckmässigkeit überprüft werden. Doch die Gegnerschaft bekämpft einen der wichtigsten Erfolgsfaktoren Zürichs ganz grundsätzlich: Eine gute soziale Durchmischung in der ganzen Stadt. Diese darf nicht geopfert werden.

Daniel Leupi, Stadtrat Zürich



Fairtrade Town – Ein Muss für Winterthur!

Die Fairtrade-Town-Auszeichnung erhalten Städte und Gemeinden, die sich für den fairen Handel engagieren. Winterthur soll eine davon werden.

Fairer Handel steht für langfristige und faire Handelsbeziehungen, stabile und transparente Preise, soziale Arbeitsbedingungen und nachhaltige Anbaumethoden. Mit der Förderung des fairen Handels wird weltweit vor allem KleinproduzentInnen geholfen, ihre Lebensbedingungen aus eigener Kraft zu verbessern.

Um eine Fairtrade-Stadt zu werden, muss eine Stadt oder Gemeinde fünf Kriterien erfüllen:

1. Die Stadt/Gemeinde bekennt sich zu fairem Handel
2. Eine Arbeitsgruppe koordiniert das Fair Trade-Engagement
3. Detailhandel und Gastronomie bieten Fair Trade-Produkte an
4. Institutionen und Unternehmen verwenden Fair Trade-Produkte
5. Durch Öffentlichkeitsarbeit wird der faire Handel der Bevölkerung näher gebracht

In Winterthur erfüllen der Claro-Weltladen, «Rägeboge» und «Tofulino» (Detailhandel) und die SV (Schweiz) AG (Gastronomie) bereits das 3. Kriterium.

Grüne Interpellation zum Thema

Bezüglich des ersten Punkts hat die Grüne Winterthurer Gemeinderätin Anita Hofer gemeinsam mit VertreterInnen anderer Parteien eine Interpellation mit folgender Frage an den Stadtrat eingereicht: «Was unternimmt die Stadt Winterthur, um Fairtrade-Stadt zu werden beziehungsweise sich dafür zu bewerben?» Die Antwort des Stadtrats fiel mehr als enttäuschend aus. Das Projekt Fairtrade-Town wird unter anderem wegen der finanziellen Lage Winterthurs nicht weiterverfolgt.

Engagements für Fair Trade

Anlässlich eines in Winterthur durchgeführten Launch-Events von Fairtrade-Town haben wir von Hannah Rüther, Botschafterin Fairtrade Deutschland, über das Engagement in Deutschland erfahren. So hat z.B. die Stadt Ulm das Label im März dieses Jahres erhalten. 41 Einzelhandelsgeschäfte und 29 Gastrobetriebe haben sich zu Fair Trade bekannt. Der Weltladen Ulm präsentiert dort seine fair gehandelte Mode auf dem Laufsteg. Im Studentenwerk wird den Studierenden bereits seit Jahren nur noch Kaffee aus Fairem Handel angeboten. Deutschlandweit wird in

Schulen Fair Trade praktiziert. SchülerInnen und Lehrpersonen engagieren sich auf vielfältige Weise dafür.

Fairtrade macht das Leben besser

Was der faire Handel bewirken kann, hat Grace Cherotich Mwangi, Supervisorin bei «Karen Roses» in Kenia, an einem Anlass in Winterthur aufgezeigt. Grace hat dank Fairtrade den Karrieresprung von der Arbeiterin zur Supervisorin geschafft. Ihre Kinder können die Schule besuchen und das Wichtigste: Sie haben sauberes Wasser.

Nichts ist selbstverständlich

Sauberes Wasser, Schulbildung, Kleidung und die vielen «kleinen und grösseren» Dinge, die unseren Alltag bereichern, sind für uns selbstverständlich. Eigentlich sollten wir andere auch daran teilhaben lassen. Stattdessen wird in Billig-Ladenketten eingekauft. Natürlich: Beim Essen und bei der Kleidung muss gespart werden. Sonst können wir uns die Ferien in einem Land wie Kenia, wo sauberes Wasser alles andere als selbstverständlich ist, ja nicht mehr leisten!

Nächstes Projekt: «Fairtrade-Schools»

Wenn man sich bewusst wird, in welchem Wohlstand wir hier leben dürfen, ist es schon bedenklich, dass sich der Winterthurer Stadtrat überhaupt nicht engagieren will. Noch viel bedenklicher allerdings ist, dass die bürgerlichen und Neue Mitte-PolitikerInnen nicht bereit sind, der Regierung auch für solche Aktivitäten ein klein wenig Reservemittel zur Verfügung zu stellen. Als wiedergewählte Schulpflegerin setze ich mich nach den Sommerferien dafür ein, gemeinsam mit den Schulleitungen das Projekt «Fairtrade-Schools» zu starten.

Renate Dürr, Grüne Winterthur



Grüne Politik aktiv mitgestalten

Der Stadtzürcher Luca Maggi ist seit drei Monaten im Vizepräsidentium der Grünen Schweiz. Ein Gespräch.

Luca, du wurdest Ende März ins Vizepräsidentium der Grünen Schweiz gewählt. Wie hast du dieses Amt bisher erlebt?

Mich reizt die Aufgabe, Grüne Politik auch auf nationaler Ebene aktiv mitzugestalten. Die Grünen sollen sich für einen ökologischen und sozialen Umbau der Wirtschaft, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, für eine global denkende Schweiz, für die Grundrechte und gegen den überbordenden Überwachungs- und Repressionsstaat einsetzen.

Wie gut sind die Grünen für die Kantonsrats- und die Nationalratswahlen 2015 aufgestellt? Bist du zuversichtlich?

Aufgestellt sind wir gut. Die kommenden Wahlen werden aber eine grosse Herausforderung – es kommt auf den Einsatz aller Parteimitglieder an, wie erfolgreich wir abschneiden werden. Wichtig ist, dass die Grünen auch neue, junge Leute motivieren, die Grüne Politik in den Parlamenten zu vertreten.

Wohin soll sich die Partei bewegen? Sind wir gut positioniert?

Die Grünen haben sich auf nationaler Ebene in den letzten Jahren sehr gut positioniert. Ich sehe unsere Partei als ökologisch kompetente, linke, liberale Kraft.

Wichtig ist, dass die WählerInnen diese Politik auch in ihren Kantonen wiedererkennen. Dort haben die Grünen gerade in gesellschaftlichen Fragen teils noch zu unterschiedliche Positionen. Ich finde es wichtig diese Positionen zu schärfen.

Du bist auch im Vorstand von Second@Plus. Migrationspolitik ist dir wichtig. Nun steht Ecopop vor der Tür – was erwartest du vom Abstimmungskampf?

Die Grünen müssen den Lead in dieser Abstimmung übernehmen. Ecopop widerspricht praktisch sämtlichen Grünen Grundsätzen, und gibt vor, ökologische Verbesserungen zu bringen, packt aber kein einziges Problem an. Die Initianten bringen darin einen unglaublichen Egoismus und eine absolute Tatsachenblindheit zum Ausdruck.

Auch in Zürich bist du sehr aktiv, z.B. als Sprecher des 1. Mai-Komitees. Machst du diesen Job auch nächstes Jahr wieder?

Natürlich, ich finde ihn sehr interessant. Ich schätze die Plattform, die das 1.-Mai-Komitee der linken Seite bietet. Es bringt die Vielschichtigkeit der linken Politik, Parteien und Bewegungen zum Ausdruck und ermöglicht einen guten Austausch.

Das Gespräch führte Yannick Zryd.

Elena Marti ist neue Präsidentin der Jungen Grünen Stadt Zürich

Im Mai wurde ich als Nachfolgerin von Luca Maggi ins Präsidium der Jungen Grünen der Stadt Zürich gewählt. Schon lange sind die Jungen Grünen ein fester Bestandteil meines Lebens. Es waren Themen wie Naturschutz und Atomkraft die mich zu den Jungen Grünen lockten.

Nun, nach 5 Jahren bei dieser Partei, haben sich meine Schwerpunkte verändert. Ich möchte für eine Gesellschaft kämpfen, in der AusländerInnen nicht als BürgerInnen zweiter Klasse, sondern als Bereicherung wahrgenommen werden. Die Situation der Flüchtlinge an Europas Grenzen macht mich traurig und wütend zugleich. Die Festung Europa muss Risse bekommen. Aus diesem Grund war ich beim Referendum gegen die Asylgesetzverschärfungen 2013 an vorderster Front dabei. Ich bin froh, dass die Jungen Grünen bei diesem Referendum den Lead in die Hand genommen haben.

Es gibt noch viel zu tun, bis jede und jeder gleichberechtigt ist. Bis der Umgang mit Lebensmitteln sich wieder zu einem respektvollen und nachhaltigen Konsum wandelt und die Fortbewegung mit dem Velo optimal möglich ist. Ich hoffe, dass ich mit meinem Präsidium dazu beitragen kann, diesen Zielen ein Stück näher zu kommen.

Neben meiner Arbeit bei den Jungen Grünen organisiere ich mit anderen jungen Leuten die multikulturelle 1.August-Feier «Äms Fäscht». Ausserdem bin ich mitten in der Ausbildung zur Dekorationsgestalterin und mache dazu die gestalterische BMS.

Elena Marti,
Präsidentin Junge Grüne Stadt Zürich



Luca Maggi: seit März im Präsidium der Grünen Schweiz.
www.lucamaggi.ch



Elena Marti: seit Mai im Präsidium der Jungen Grünen Zürich.

Kurznews

Kommunale Wahlen

Am 18. Mai wurde im Kanton Zürich noch einmal in einigen Gemeinden gewählt – aus Grüner Sicht sehr erfolgreich.

In Stäfa kandidierten mit Marcus Bosshard (neu für die Rechnungsprüfungskommission) und Ruedi Meier (für die Schulpflege in Stäfa, bisher) gleich zwei Grüne, beide wurden mit guten Resultaten gewählt. In Küsnacht wurde Daniela Brühwiler wieder in die Sozialkommission gewählt.

Die Wiederwahl gelang auch Stefan Griesser für den Gemeinderat in Waltalingen. Zudem schaffte im Bezirk Andelfingen ein zweiter Grüner den Sprung in eine Gemeindeexekutive: In Dachsen vertritt uns nun Daniel W. Schmid im Gemeinderat.

Auch in Glattfelden gelang der Grünen Ortspartei ein Erfolg: Mit der von ihr portierten Martina Schurter wurde zudem endlich wieder eine Frau in den seit acht Jahren als reines Männergremium kutschierenden Gemeinderat gebracht. Vor acht Jahren fehlten unserem Mitglied Catrina Angele läppische sieben Stimmen zur Wahl. Auch der ebenfalls von den Grünen portierte Antonio Rudin wurde wieder in die Rechnungsprüfungskommission gewählt.

In der Stadt Zürich blieb es sogar noch länger spannend, dort fand am 6. Juli der zweite Wahlgang für das Schulpräsidium Zürichberg statt. Der Grüne Balz Bürgisser erkämpfte hier wie schon beim ersten Wahlkampf ein gutes Ergebnis und verpasste mit nur wenigen Stimmen Rückstand das erste Schulpräsidium für die Grünen.

Wir gratulieren allen Gewählten und danken ihnen und den Ortsparteien für ihren engagierten Wahlkampf!

Ulla Blume,
Geschäftsführerin Grüne Kanton Zürich

Esther Hildebrand tritt aus dem Kantonsrat zurück, Urs Dietschi folgt

Seit 2003 hat der Bezirk Pfäffikon wieder eine Grüne Vertretung im Kantonsrat. Trotz neuer Konkurrenz der glp und der BDP und trotz des Pukelsheimers sind in diesem SVP-lastigen Landbezirk die Grünen vertreten.

Nun, nach elf Jahren im Parlament, nach 615 Sitzungen, 500 Kommissionssitzungen und einem Jahr als Kantonsratspräsidentin, mache ich meinem motivierten Nachfolger Platz. Der Zeitpunkt ist ideal: Urs kann so bei den Kantonsratswahlen im April 2015 vom Bisherigen-Bonus profitieren und den Sitz verteidigen – und ich höre auf, solange ich die Arbeit gerne mache, motiviert bin und der Abschied mich ein wenig wehmütig macht.

Ich werde mich in Zukunft vor allem meiner beruflichen Aufgabe als Abteilungsleiterin Integration beim Schweiz. Roten Kreuz Kanton Zürich widmen. Politik und die Grünen gehören zu meinem Leben, deshalb werde ich weiterhin in verschiedenen Vorständen und in der Geschäftsleitung der Kantonalpartei aktiv bleiben.

Willkommen Urs Dietschi in der Grünen Fraktion!

Wer sich mit Fluglärm und den Menschen auseinandersetzt, die dagegen kämpfen, stösst früher oder später auf Urs Dietschis Namen! Als Vorstandsmitglied des Dachverbandes Fluglärm-schutz und Vorstandsmitglied des «Bürgerprotest Fluglärm Ost» setzt er sich seit Jahren für eine gerechte Fluglärmverteilung ein und ist politisch kein unbeschriebenes Blatt.

So wird er im Ratssaal auf viele KantonsrätInnen treffen, gegen die er bereits in früheren Jahren an Podien, in der Arena oder im persönlichen Austausch angetreten ist. Aber auch auf KantonsrätInnen, mit denen er gemeinsam gegen den überbordenden Fluglärm kämpfte und kämpft.

Nach den Sommerferien beginnt für Urs ein neuer politischer Lebensabschnitt und ich wünsche ihm von Herzen alles Gute!

Esther Hildebrand, Kantonsrätin, Illnau-Effretikon



Esther Hildebrand, 1958, eidg. dipl. Führungsfachfrau



Urs Dietschi, 1954, Informatiker

Wahljahr 2015 – ein Ausblick

Ob eine Wahl zur Schicksalswahl wurde, sieht man meist erst nachher. Eines steht fest: für die Grünen steht bei den kantonalen wie bei den nationalen Wahlen viel auf dem Spiel.

Im Kanton geht es fraglos zuerst einmal darum, den Regierungsratssitz von Martin Graf zu halten. Obgleich hierfür Optimismus am Platz ist, ist das kein leichtes Unterfangen und kommt nicht von selbst. Ob die SP nun mit zwei oder drei Kandidatinnen und Kandidaten kommt, erscheint mir als nicht so entscheidend. Kommt sie mit drei, wird sie kaum mit zwei Nationalratsmitgliedern kommen, so dass ich die Gefahr für Martin Graf auch bei drei SP-Kandidaturen als nicht gross erachte. Hauptgegnerin wird Silvia Steiner von der CVP sein. Sie möchte im bürgerlichen Ticket mit der SVP und der FDP gewählt werden – was schon alles sagt über ihre politische Ausrichtung. Niemand wird, so ist zu hoffen, im linksgrünen Lager mehr so dumm sein, wie weiland bei der Wahl von Hans Hollenstein 2005, und auf die CVP setzen in der Meinung, die agiere dann nachher zusammen mit uns. Wen die SP bringt, ist nicht unser Problem.

Im Kantonsrat wäre es ein Erfolg, die 10-Prozent-Hürde beizubehalten oder gar die 11-Prozent-Hürde zu überschreiten. Das Problem der Kantonsratswahlen ist immer das Gleiche: sie bilden eine wichtige Ausgangsbasis für die ein halbes Jahr später stattfindenden Nationalratswahlen. Nur interessiert sich

fast niemand für sie. Wir sind allerdings gut gerüstet: mit unserer Kulturlandinitiative sind wir zum raumplanerischen Player geworden. Und: die zu erwartende eher tiefe Stimmbeteiligung kann uns nützen, wenn es uns gelingt, unsere Wählerschaft vollauf zu mobilisieren!

Für die National- und Ständeratswahlen ist eine zentrale Frage noch ungewiss: Treten Verena Diener und Felix Gutzwiller nochmals an? Das wird für die Ausgangslage entscheidend sein.

Bei den Nationalratswahlen besteht insofern eine neue Situation, als der Kanton Zürich einen Sitz gewinnt. Das ist mithin auch für uns eine Chance, den vierten, 2011 verlorenen Sitz zurück zu gewinnen. Das muss unser Wahlziel sein. Wir sind als Partei dann erfolgreich, wenn wir das städtische, nicht sozialdemokratische linke Milieu und das Grüne Milieu gleichzeitig ansprechen. Mit unserer Fair Food-Initiative und als führende Kraft gegen den neuen Überwachungsstaat in der Schweiz nach der NSA-Affäre (Büpf und Nachrichtendienstgesetz) zeigen wir einen eigenen Weg in die Zukunft und sind hierfür bestens gerüstet.

Daniel Vischer, Nationalrat, Zürich

Der Wahlkampf beginnt jetzt!

Bis zu den kantonalen Wahlen am 12. April 2015 sind es noch gut neun Monate – doch die Vorbereitungen dafür laufen schon. Die Kantonalpartei hat eine Wahlgruppe eingesetzt, die sich grundsätzliche Überlegungen zu unserer Wahlkampagne 2015 macht.

In der Wahlgruppe sind alle Bezirksparteien vertreten, denn bei den kantonalen Wahlen bilden die Bezirke die Wahlkreise. Über den Sommer und im Herbst werden die Bezirksparteien damit beschäftigt sein, ihre Wahllisten zusammenzustellen und dafür suchen sie jetzt engagierte KandidatInnen.

Was uns und unseren Erfolg ausmacht, sind unsere Köpfe, die Menschen – egal, ob als Regierungsrat, Ortsgruppenpräsidentin oder Basismitglied.

Möchtest du unseren Wahlkampf unterstützen? Als Kandidatin, als Mitglied in der Wahlgruppe deines Bezirks oder als HelferIn bei konkreten Wahlkampfaktionen?

Melde dich jetzt bei deiner Bezirkspartei oder unter sekretariat@gruene-zh.ch

Marionna Schlatter,
Präsidentin Grüne Kanton Zürich

Wen wollen Sie denn sonst wählen?



/gruenezuerich



@GrueneZuerich

Grünkohl: Beisshemmungen

Beissen und gebissen werden ist grad extrem in. Ob vom Aff oder vom Uruguayer spielt dabei keine Rolle. Nachdem wir Schweizer nur wegen unserer vornehmen Zurückhaltung nicht Fussballbeissmeister geworden sind, verlagert sich das Interesse am Thema halt auf die Politik.

Da kommt man in Zürich grad an die Rechten. Blosses Knabbern war hier noch nie die Taktik, hier herrscht Biss, vorab im Sicherheitsbereich (Wolff!). So hat sich etwa Mario F. aus A. zwar grad seine dritten Zähne am PJZ ausgebissen, aber das wird wettgemacht durch das bissige Gerangel um das Kasernenareal und das

providurische Gefängnis. Mit Zähnen und Klauen wird die Örtlichkeit durch das kantonale Polizeikorps verteidigt, was auch in den Augen der Stadtbevölkerung ein mieser Kalauer ist.

Unterhaltsamer ist dagegen das Rennen um den zweiten SP-Sitz. Die Sozis sind zwar immer noch am Überlegen, ob sie bescheiden nur mit 8 statt mit 9 KandidInnen ins Rennen steigen sollen, aber irgendwie erinnert auch das wieder an Fussball: Ein Wahlkampf dauert zweimal 45 Tage und gewinnen tut immer Daniel J. aus Z. Dass er ein -itsch ist, schadet ihm jedenfalls kaum, was wir ja auch in der

Schweizer Nati immer wieder beobachten können.

Bissig ist schliesslich das Vorgehen von Thomas «Mausezähnen» H. aus A., der nicht im gleichen Spital krank ist wie Claudia N. aus Z. Im Spitalstreit – so jedenfalls die Wettstände bei englischen Buchmachern – wird Thomas H. sich aber die Zähne ausbeissen. Claudia N. wird ihre geliebten Spitäler nur über ihre Leiche weggeben. Dass Thomas H. «lieffe fich einrichten» genuschelt haben soll, ist bloss ein fieses Gerücht.

G. Kohl

Wir wünschen einen schönen Sommer!

Agenda

Grüne Kanton Zürich

25. August 2014, 19:30 Uhr, Apéro ab 19:00 Uhr
Mitgliederversammlung

Cevi Zentrum Glockenhof, Sihlstr. 33, Zürich, Raum «London»
Nomination Regierungsratswahlen 2015: Martin Graf
Thema: Ecopop, Podium mit Regula Rytz, Präsidentin GPS, Dieter Steiner, Initiativkomitee Ecopopn

Mehr Infos auf www.gruene-zh.ch

Grüne Stadt Zürich

19. August 2014, 18:00 – 19:30 Uhr
Führung «mehr als wohnen»

Treffpunkt vor der Geschäftsstelle von «mehr als wohnen», innovative Überbauung in Leutschenbach, Hagenholzstr. 106
Führung auf der Baustelle mit dem Projektleiter Bau

26. August 2014, 19:30 Uhr, Apéro ab 19:00 Uhr
Mitgliederversammlung

Volkshaus, Stauffacherstr. 60, Zürich, Gelber Saal
Thema: Auswirkungen der Zustimmung zur Masseneinwanderungs-Initiative, Referat Daniel Vischer, Nationalrat

20. September 2014, 11:00 – 13:00 Uhr
Nationalratsbrunch

Röslischüür, Röslistrasse 9, 8006 Zürich
Einladung zum Brunchen mit den Grünen Nationalräten

Mehr Infos auf www.gruenezuerich.ch

Grüne Winterthur

28. August 2014, 19:30 Uhr, Apéro ab 19:00 Uhr
Mitgliederversammlung

Alte Kaserne, Technikumstr. 8, Winterthur
Thema: Vollgeld

Mehr Infos auf www.gruene-winterthur.ch

Grüne Wald

28./29. August 2014, Bar ab 21:30 Uhr
Solarkino Freibad Wald

28.8.: «TSCHÄSS» Regie: Daniel Helfer, CH 1994 / 100 Min D
29.8.: «Zum Beispiel Suberg» Regie: Simon Baumann CH 2013 / 90 Min D.
Stühle selber bringen, bei Regen im Zelt
Eintritt ist frei / Kollekte

Grüne Bezirk Horgen

21. August 2014, 20:00 Uhr
Öffentlicher Bezirkshöck

Haus Brugg, Bahnhofplatz, Adliswil
Thema: «Die Bedeutung der Sihl in der Region Zimmerberg» mit Rolf Schatz, Gemeinderat (Grünliberale) in Langnau am Albis, Präsident IG Dä Neu Fischer

Junge Grüne

Infos auf www.jungegruene.ch/zh

Impressum

grünes blatt – Zeitung der Grünen Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 2'300 Ex. Redaktion & Layout: Ulla Blume. Korrektorat: Beat Hess. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Marionna Schlatter, Res Marti, Bastien Girod, Franziska Michel, Daniel Leupi, Renate Dürr, Yannick Zryd, Elena Marti, Esther Hildebrand, Daniel Vischer, Markus Kunz. Bildnachweise: S. 1: Grüne Schweiz, S. 3: Komitee hier-daheim.ch, S. 4: Junge Grüne, S. 5: WWF, S. 7: Heiko Hoffmann, S. 8: TransFair e.V., S. 9: Luca Maggi, Heiko Hoffmann, S. 10: Lea Hildebrand, Heiko Hoffmann. Design: artischock.net Zürich. Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO₂-neutral und auf FCS-Papier gedruckt: FSC C010121.